



## Nationalratswahl 2017: Positionen der Parteien zu Landwirtschaft und Bio

BIO AUSTRIA hat bei den Spitzenkandidaten der wahlwerbenden Parteien SPÖ, ÖVP, GRÜNE, NEOS und PILZ nachgefragt, um mehr über ihre Pläne zur künftigen Ausgestaltung der Agrarpolitik und insbesondere über ihre Vorhaben im Bereich der biologischen Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion für die kommende Legislaturperiode zu erfahren.<sup>1</sup>

Im Folgenden werden die Antworten der Parteien auf die fünf Fragen von BIO AUSTRIA im Originalwortlaut veröffentlicht, zum Teil ergänzt um Elemente aus den jeweiligen Wahlprogrammen.

**Frage 1: Umfragen zufolge erwarten sich Konsumentinnen und Konsumenten von der Landwirtschaft qualitativ hochwertige Lebensmittel, die möglichst „natürlich“ – im Sinne von ohne Einsatz synthetischer Chemie und Gentechnik – produziert wurden und bevorzugt aus der Region stammen. Welche konkreten Schritte werden Sie setzen, damit die Landwirtschaft in die Situation versetzt wird, diese Erwartungen der Konsumentinnen und Konsumenten möglichst flächig erfüllen zu können?**

**Antwort SPÖ<sup>2</sup>:** Die Sozialdemokratische Partei setzt sich seit ihrem Bestehen dafür ein, dass die Bevölkerung in einer gesunden Umwelt ihr Leben bestmöglich gestalten kann. Dazu zählt die Versorgung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln sowie eine möglichst schonende Produktionsweise. Eine solche Produktion umfasst Gentechnikfreiheit sowie den äußerst sparsamen und bedachten Einsatz von Pestiziden.

**Antwort ÖVP:** Das aktuelle Bio Aktionsprogramm des BMLFUW ist eine gute Grundlage für den Sektor, das die Richtschnur für die Zukunft sein kann. Die österreichische (Bio-)Landwirtschaft muss daher mit öffentlichen Zahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union gefördert werden. Es muss auch weiterhin im Programm für die Ländliche Entwicklung nach 2020 ein starkes österreichisches Agrar- und Umweltprogramm (ÖPUL) geben, das eine umweltgerechte Landwirtschaft in Österreich im Focus hat. Die Stellung der Landwirtinnen und Landwirte in der Lebensmittelwertschöpfungskette muss durch spezifische Regelungen und durch den Dialog mit dem vor- und nachgelagerten landwirtschaftlichen Bereich gestärkt werden, v.a. zu den Themen Konsumentenverhalten, Regionalität, Qualität, Tierwohl, Art der Produktion und Einsatz von Gentechnik und auch bewusst machen, dass die Politik in den einzelnen Bereichen über sehr unterschiedliche Einflussnahmemöglichkeiten verfügt: Es braucht wie bisher eine Mischung aus gesetzlichen Rahmenbedingungen (z.B. kein Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen oder Lebensmittelkennzeichnung), Bildung und Bewusstseinsbildung und Unterstützungsmaßnahmen auf

---

<sup>1</sup> Die Reihung sowie Kurzbezeichnung der Parteien orientiert sich an der offiziellen Nomenklatur des Bundesministeriums für Inneres.

<sup>2</sup> Die Antworten der SPÖ wurden in einem Gesamttext übermittelt. BIO AUSTRIA hat sie bestmöglich den einzelnen Fragen zugeordnet .

freiwilliger Basis im Rahmen der ländlichen Entwicklung (z.B. Investitionsförderung, Unterstützung der Vermarktung und Flächenförderungen). In dem Zusammenhang ist auch darauf zu verweisen, dass Nachhaltigkeit Ziel für den gesamten Bereich Landwirtschaft, nicht nur für die Bio-Bereiche sein muss.

**Antwort FPÖ:** Die FPÖ bekennt sich zur bäuerlichen und dezentral strukturierten Landwirtschaft abseits von Agrarfabriken. Österreich kann nur frei sein, wenn seine Landwirtschaft imstande ist, die Bevölkerung mit einem Selbstversorgungsgrad von 100% mit Lebensmitteln zu versorgen. Dazu bedarf es der Umsetzung eines nationalen Aktionsplans zur Sicherstellung der Selbstversorgungsfähigkeit mit ökologisch wertvollen und gesunden Lebensmitteln zu fairen Produktpreisen und der Schaffung einer klaren, ehrlichen, verbindlichen und für den Verbraucher überschaubaren Lebensmittelkennzeichnung.

**Antwort GRÜNE:** Öffentliche Mittel sind für öffentlich gewünschte Leistungen einzusetzen. Das bedeutet in Bezug auf die gemeinsame Agrarpolitik, dass Steuermittel stärker in Richtung öffentlich gewünschter Leistungen eingesetzt werden müssen. Wir Grünen wollen, dass der Fuß von der Bio-Bremse genommen wird und offensiv die ökologische Landwirtschaft ausgebaut wird. Der Bio-Markt boomt europaweit, im ambitionierten Ausbau der Bio-Landwirtschaft liegen Zukunfts-Chancen (Markt-Chancen und auch Job-Chancen) für Österreich - wir wollen diese nutzen.

**Antwort NEOS:** Wesentlich ist, durch transparente Kennzeichnung die Konsument\_innen überhaupt in die Lage zu versetzen, die Produkte auf Qualität und Herkunft prüfen zu können. Wir treten daher für eine weitergehende Kennzeichnung auch bei verarbeiteten Produkten ein, wo momentan die Ausweisung noch mangelhaft ist.

**Antwort PILZ:** Meiner Meinung nach obliegt es in erster Linie dem Konsumenten, welches Lebensmittel dieser einkauft. Vor dem Einsatz der Pflanzenschutzmittel und dem Aufkommen der Industriellen Landwirtschaft gab es nur biologische Lebensmittel am Markt. Es ist eine besorgniserregende Entwicklung wie sehr die Qualität unserer Lebensmittel in den letzten Jahrzehnten gelitten hat, dies liegt zum Großteil auch klar an der industriellen Weiterverarbeitung von Produkten im Zuge der Gewinnmaximierung und dem Import von Massenprodukten. Die Schuld dafür bei den Landwirten zu suchen, halte ich für falsch, denn diese versuchen ihr Auskommen zu finden und werden Produkte nach dem höchstmöglichen Deckungsbeitrag erzeugen um davon leben zu können. Wenn die Nachfrage nach Bio Lebensmitteln weiter ansteigt wird auch die Landwirtschaft dieser Entwicklung folgen und eine flächendeckende Versorgung gewährleisten. Der großflächige Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sowie Gentechnik sind bei der Produktion von Lebensmitteln nicht notwendig, wenn der Konsument wieder bereit ist mehr für ein Qualitätsprodukt aus der Region zu bezahlen.

**Frage 2: Die Art der Landbewirtschaftung hat wesentliche Auswirkungen auf Artenvielfalt, Böden, Wasser, Klima und Tierwohl. Die Einhaltung höherer Umwelt- und Tierhaltungsstandards ist jedoch mit höheren Aufwänden bzw. niedrigeren Erträgen für die Betriebe verbunden und bedeutet in einem rein auf Ökonomie ausgelegten Wettbewerb einen Nachteil. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, damit die Landwirtschaft ökologischen und ökonomischen Anforderungen gleichermaßen gerecht werden kann?**

**Antwort SPÖ:** Deshalb haben wir in den Verhandlungen zur Umsetzung der laufenden Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nachdrücklich Wert darauf gelegt, dass die biologische Landwirtschaft stärker gefördert werden muss, um sich weiterhin bestmöglich entwickeln zu können. Diese seit 2015 laufende neue Förderperiode hat dazu geführt, dass bereits 21,9 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen biologisch bewirtschaftet werden und Betriebe, die sich im Bereich der Bioproduktion engagieren wollten, auch die Chance erhielten, dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen. Der Anstieg um 5 Prozent an neuen Bio-Betrieben vom Jahr 2015 auf das Jahr 2016 soll sich laut Grünem Bericht 2017 weiter fortsetzen – es wird sogar mit noch höherem Anstieg gerechnet.

Dies ist ein schönes Zwischenergebnis und aus meiner Sicht ein Zeichen, dass dieser Weg weitergeführt werden muss. Im Rahmen der Verhandlungen zur nächsten GAP für die Jahre nach 2020 müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, damit die biologische Landwirtschaft noch mehr in den Fokus der politischen EntscheidungsträgerInnen auch auf europäischer Ebene kommt. Ich darf Ihnen versichern, dass das Engagement von Bio Austria stark mit dazu beigetragen hat, auch konservative PolitikerInnen davon zu überzeugen, dass umweltfreundliches und umweltgerechtes Wirtschaften im Rahmen der Lebensmittelproduktion einen wichtigen Stellenwert in Österreich haben muss, damit dieses Land auch im internationalen Wettbewerb gestärkt wird. Dies trägt selbstverständlich wiederum dazu bei, dass kleinere und mittlere Betriebe, die sonst keine Überlebenschance gehabt hätten, weiterhin bestehen konnten.

**Antwort ÖVP:** Im internationalen Wettbewerb spielen, neben dem ökonomischen Aspekt gerade im Bereich der Landwirtschaft, auch andere Aspekte wie Nachhaltigkeit und Generationendenken eine besondere Rolle. Die Einhaltung höherer Umweltstandards kann mittel- und v.a. längerfristig auch ein Wettbewerbsvorteil sein, durch den auch höhere Marktpreise lukriert werden können. Gerade der Biolandbau ist hier ein sehr gutes Beispiel, dass es gelungen ist durch eine umweltgerechtere Bewirtschaftungsform einen stabilen Mehrwert zu erzielen. Die kontinuierliche Zunahme der Anzahl an Biobetrieben und der von ihnen bewirtschafteten Fläche spricht hier eine deutliche Sprache. Herausforderung für die Politik ist es dabei entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen und wo notwendig mit gezielten Leistungsabgeltungen - wenn kein entsprechender Mehrpreis zu erzielen ist – die von der Gesellschaft gewünschte Leistung abzugelten. Hier werden wir den eingeschlagenen Weg im Rahmen der GAP weiterführen. Zusätzlich soll der Einsatz von heimischen (Bio-) Lebensmitteln im Lebensmittelhandel, in der Gemeinschaftsverpflegung und in der Gastronomie forciert werden. Damit werden die Absatzwege für die heimischen Lebensmittel nachhaltig verbessert. Das Bewusstsein der Konsumentinnen und Konsumenten für einheimische, nachhaltig produzierte Lebensmittel muss durch Aktivitäten verschiedenster Institutionen (AMA Marketing, Landwirtschaftskammer Österreich, Bioverbände etc.) gefördert und gestärkt werden. Im neuen Bio-Aktionsprogramm nach 2020 soll das Thema daher weiter eine wichtige Rolle spielen.

**Antwort FPÖ:** Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die heimische Landwirtschaft ist uns ein wichtiges Anliegen, ist das Schicksal Österreichs doch eng mit unserer Landwirtschaft verbunden. Abgesehen von der land- und forstwirtschaftlichen Produktion hat der Bauernstand eine besondere volkswirtschaftliche Bedeutung für die Erhaltung der Kulturlandschaft, den Naturschutz wie den Schutz der alpinen Siedlungsräume, für die Eigenversorgung mit wertvollen Lebensmitteln, die gesund und frei von gentechnisch veränderten Organismen sein sollten, für eine gute Tierhaltung und damit auch den Tierschutz, aber auch für die Krisenversorgung. Hier möchten wir ansetzen: Österreich braucht freie Bauern, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen können, die faire Preise erhalten und somit nicht von Subventionen abhängig sind. Vor allem durch die Unterstützung fairer Produktpreise werden wir die Förderungen von Abhängigkeiten, die sich auch auf die Eigentumsverhältnisse auswirken, reduzieren können.

**Antwort GRÜNE:** Die GAP ist der größte Posten des EU-Budgets, damit wäre so einiges an Steuerungsmöglichkeit vorhanden. Für uns Grüne ist klar, dass öffentliche Gelder für öffentlich gewünschte Leistungen einzusetzen sind. Einer nachhaltigen Landwirtschaft ihre (Mehr)Leistung abzugelten, ist sicherlich davon umfasst. Wir Grüne wollen eine österreichische Bio-Offensive, mit dem Ziel, bis 2030 den Bio-Anteil auf mindestens 50 Prozent anwachsen zu lassen.

**Antwort NEOS:** Wir glauben, dass es auch zukünftig Teil des Gemeinsamen Agrarprogramms sein muss, dass nachhaltige Bewirtschaftung der Böden und der Natur und dem Umweltschutz dienliche Maßnahmen entsprechend berücksichtigt werden müssen. Kleinteilige landwirtschaftliche Strukturen und Landwirtschaft im Bergbereich erfüllen in Österreich als Landschaftserhalter eine weitere wesentliche Aufgabe.

**Ergänzung Auszug Wahlprogramm NEOS:** Vision: Landwirtschaft produziert nicht nur gesunde und qualitativ sichere Nahrungsmittel auf nachhaltige Weise unter Berücksichtigung des Tierwohls, sie ist auch in gleichem Maße ein zentraler Bereitsteller von Gemeingütern wie Schutz von Biodiversität,

Wasser, Boden, Luft, etc. Für die Bereitstellung dieser Gemeingüter wird sie von den europäischen SteuerzahlerInnen gefördert.

**Antwort PILZ:** Um den heutigen Standards der Ökonomie als Landwirtschaft gerecht werden zu können, bedarf es neuen Konzepten. Dies bedeutet auch eine Regelung der Importprodukte um hier klare Verhältnisse zu schaffen, da ein Vergleich hier oft nicht möglich ist. Ein biologisch produziertes Lebensmittel aus der Region kann nicht auf der gleichen Kalkulationsbasis hergestellt werden, wie beispielsweise ein Produkt aus Niedriglohnländern. Durch Freihandelsabkommen werden unsere klein strukturierten Landwirtschaften in einen Wettbewerb gedrängt welcher sich auf die Qualität und Preise der Lebensmittel auswirkt und die Existenz der Landwirte gefährdet. Mein Ziel ist es, die Eigenversorgung durch regionale Lebensmittel zu einem fairen Preis für den Landwirt in Österreich wieder zu gewährleisten. Dies kann uns nur gelingen, wenn auch der Konsument sich darüber bewusst wird welchen Einfluss die Wahl der Produkte auf die Landwirtschaft hat. Es gilt das Bewusstsein der Konsumenten zu schärfen, und die Verteilungsprobleme in der Gesellschaft lösen.

**Frage 3: Die österreichische Landwirtschaft ist durch bäuerliche Familienbetriebe geprägt, wobei die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in den letzten Jahren stark rückläufig ist. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um den Erhalt der bäuerlichen Familienbetriebe zu unterstützen?**

**Antwort SPÖ:** Familienbetriebe stellen nach wie vor einen ganz wichtigen Anteil an der landwirtschaftlichen Produktion dar. Auch hier setzt sich die SPÖ laufend dafür ein, dass die kleinstrukturierte Landwirtschaft in Österreich erhalten bleibt. Denn auch sie unterstützt das Ziel des Erhalts einer lebenswerten Natur- und Kulturlandschaft. Ich darf in diesem Zusammenhang einige der konkreten Forderungen aus dem „Plan A“ anführen, die aus Sicht der Sozialdemokratie wichtig sind, um kleineren und mittlere Betrieben jene Unterstützung zu geben, die sie im Wettbewerb mit großen Landwirtschaftsbetrieben brauchen. Eine Deckelung der direkten Förderungen mit 150.000 Euro pro Betrieb und in der kommenden EU-Förderperiode ab 50.000 Euro Förderung zusätzlich eine Degression der Förderung von 20 Prozent mit einem ansteigenden Faktor stellt eine zentrale Umgestaltung der Agrarförderlandschaft dar. Eine erhöhte Förderung (Sonderprämie) für die ersten 20 Hektar jedes Betriebes (100 Euro plus für die ersten 20 Hektar) zusätzlich zur Basisprämie (das sogenannte »Top-up«) brächte eine Stärkung der Familienbetriebe. Zentral aus unserer sozialdemokratischen Sicht ist auch die Verlagerung von Fördergeldern aus der Direktförderung (der »1.Säule«) in die Förderung des ländlichen Raumes (»2.Säule«), wo die Mittel insbesondere mittelgroßen und kleineren Betrieben zugutekommen können. Die SPÖ setzt sich für eine Stärkung des gesamten ländlichen Raums ein. Eine Verbesserung der sozialen und technischen Infrastruktur und neue Arbeitsplätze kommen auch der Land und Forstwirtschaft insgesamt und natürlich auch den BiobäuerInnen und deren Familien zugute. Ausnahmen im Steuersystem, die insbesondere Großbetriebe bevorzugen, müssen fallen. Diese Mittel sollen in eigenständige und nachhaltige Regionalentwicklung investiert werden.

**Antwort ÖVP:** Die österreichische Agrarpolitik steht für bäuerliche Familienbetriebe. Wir werden uns daher auf der europäischen Ebene für die Sicherung der bäuerlichen Strukturen einsetzen. Eine europäische Agrarpolitik muss auch in Zukunft sicherstellen, dass Familienbetriebe überleben können und faire Preise für ihre Produkte bekommen. Dabei soll das Förderwesen vereinfacht und Bürokratie abgebaut werden. Insbesondere die Betriebe im benachteiligten Gebiet und dort besonders im Berggebiet, werden schon jetzt gezielt unterstützt. So konnte der Strukturwandel im Berggebiet deutlich verlangsamt werden. Für die Zukunft gilt es also bewährte Instrumente wie die Ausgleichszahlungen für naturbedingte Nachteile im Berggebiet und die Honorierung von Umweltleistungen weiter zu verbessern und noch zielgerichteter zu gestalten. Eine wesentliche Rolle in dem Zusammenhang werden auch weitere Verbesserungen zur Auslegung des Bestbieterprinzips für die öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln spielen. Zudem sollen die Rahmenbedingungen für die Direktvermarktung und die Stellung der Landwirtinnen und Landwirte in der Lebensmittelwertschöpfungskette verbessert werden. Pilotprojekte in den Bereichen Smart Farming und Bauernhof 4.0 sollen forciert werden, um die Ressourceneffizienz zu erhöhen und auch für kleinere Betriebe nutzbar gemacht werden.

**Antwort FPÖ:** Unsere aktiven, echten Bauern sind gegenüber Industrie- und Handelsfirmen sowie öffentlichen Körperschaften zu schützen und sollen nicht von EU-Förderungen abhängig sein, sie sollen für ihre gute Arbeit vielmehr ehrlich entlohnt werden. Wir verfolgen die zunehmende Kompetenzverlagerung in die Brüsseler Gemeinschaftsinstitutionen mit größter Sorge, zumal auch die sogenannten „Freihandelsabkommen“ CETA und TTIP, die klar abzulehnen sind, massive negative Auswirkungen für die heimische Produktion erwarten lassen. In den letzten Jahren hat die österreichische Regierung die heimischen Betriebe unter anderem durch die Einführung der Registrierkassenpflicht, der Schaumweinsteuer oder auch der Allergeninformationsverordnung massiv zusätzlich belastet. Anstatt durch mehr Bürokratie zu belasten, sollten diese unseres Erachtens finanziell und bürokratisch entlastet werden. Im Agrarbereich wären etwa die überzogenen Aufbewahrungspflichten aller für die Förderungen im Programm ÖPUL 2015 relevanten Unterlagen von derzeit 10 Jahren ab Ende des Verpflichtungszeitraums auf die allgemeinen Aufbewahrungspflichten für Buchhaltungsunterlagen zu reduzieren oder Cross Compliance Bestimmungen zu durchforsten.

**Antwort GRÜNE:** Das Konzept des Wachsens oder Weichens führt in eine ökologische und ökonomische Sackgasse. In der Landwirtschaft gibt es in vielen Bereichen ein Marktversagen, weshalb eine aktive Marktregulierung notwendig ist. Die Mittel der GAP bieten schon heute viele Steuerungsmöglichkeiten, müssen künftig aber wesentlich stärker auf Nachhaltigkeitsziele ausgerichtet werden. Wir Grünen wollen eine finanzielle Grundsicherung für Kleinbetriebe. Wir Grünen fordern uA, die ersten 30 Hektar höher zu fördern, wie dies durch die EU-GAP-Reform ermöglicht wurde. Bereits 2013 haben wir im Nationalrat beantragt, eine Umverteilungsprämie zur Stärkung des bäuerlichen Arbeitsplatzes für die ersten 30 Hektar einzuführen und dazu 30% des nationalen Finanzrahmens vorzusehen.

**Antwort NEOS:** Der Strukturwandel in der österreichischen Landwirtschaft wird sich fortsetzen. Wir wollen aber insofern dagegenhalten, als wir den ländlichen Raum als Gesamtes nicht als reines Abwanderungsgebiet sehen wollen. Eine Stärkung der Verzahnung von Landwirtschaft, Tourismus und Gastronomie soll allen Beteiligten helfen und aus den bäuerlichen Produkten starke Marken machen, die in Kombination mit touristischen Initiativen hohen Wiedererkennungswert haben.

**Antwort PILZ:** Da ein Betrieb nach heutigen Maßstäben dazu gezwungen ist sich zu verschulden um mit den Investitionen schritthalten zu können müssen wir diesen Entwicklungen entgegenwirken. Maßnahmen hierfür sind beispielsweise vorübergehende Förderungen für die Umstellung und die Neuausrichtung dieser Betriebe in der Direktvermarktung. Hierbei müssen Konzepte von Landwirten erarbeitet werden, wie diese künftig ihr Einkommen erwirtschaften werden um mit den bestehenden Mitteln eine erwerbsfähige Landwirtschaft aufzubauen welche in Zukunft ohne Zuschüsse wirtschaften kann. Zumeist scheitert es nicht an den Möglichkeiten einen Betrieb umzustellen, als an den Risiken welche die Umstellungsphasen mit sich bringen.

**Frage 4: BIO AUSTRIA unterstützt das Konzept der Honorierung der Gemeinwohlleistungen von landwirtschaftlichen Betrieben wie z.B. Schutz von Wasser, Klima, Förderung der Artenvielfalt und Bodenfruchtbarkeit, die für eine Gesellschaft essentiell sind, jedoch durch den Produktpreis nicht abgegolten werden. Wie stehen Sie zu dem Konzept für diese Leistungen Anreize zu schaffen?**

**Antwort SPÖ:** Investitionsförderungen sollen nicht mehr für die Ausdehnung und Intensivierung der herkömmlichen Produktion, sondern nur für eine nachhaltige Wirtschaftsweise mit Schwerpunkt auf umweltgerechte Produktion – insbesondere den biologischen Landbau – verwendet werden. Außerdem setzen wir uns weiterhin für eine verstärkte Förderung von Bio- und Bergbauernbetrieben mit hoher Erschwernis ein. Diese Reformen schaffen mehr Einkommensgerechtigkeit. Sie stärken die Landwirtschaft und den ländlichen Raum insgesamt, da sie auch weiterhin die in Österreich bewährte kleinräumige Bewirtschaftung ermöglichen.

**Antwort ÖVP:** Wir werden den Weg der gezielten Abgeltung von Umweltleistungen etwa durch das Greening der ersten Säule sowie die Agrarumweltmaßnahmen oder die Bewirtschaftungserhaltung im Berg- und benachteiligten Gebiet in der 2. Säule der GAP weiterführen und noch zielorientierter ausrichten. Für die entsprechenden rechtlichen und finanziellen Rahmenvorgaben werden wir uns einsetzen, eine radikale Änderung der Vorgaben wird dabei sehr kritisch gesehen. Es benötigt eine sogenannte Anreizkomponente im Bereich der Umweltmaßnahmen zu einer vollständigen Zielerreichung.

**Antwort FPÖ:** Österreich kann aus dem reichen Schatz einer weitgehend intakten Umwelt und kleinstrukturierten Landwirtschaft schöpfen. Ernährung, Umwelt und Energieversorgung sind eng mit der Landwirtschaft verbunden. Bauern bewirtschaften und gestalten im Alpenbereich einen ökologisch besonders sensiblen Raum, wofür ihnen unser größter Dank gebührt. Der Arbeitsplatz Bauernhof und unsere heimischen Bäuerinnen und Bauern sind uns ein hohes und schützenswertes Gut. Zum Schutz des Wassers sowie zum Erhalt seltener und gefährdeter Saatgutsorten haben wir uns bereits bisher durch parlamentarische Initiativen stark gemacht und werden dies auch weiterhin tun.

**Antwort GRÜNE:** Selbstverständlich unterstützen die Grünen dieses Konzept.

**Antwort NEOS:** Wie bereits oben beschrieben, bedarf es zum Erreichen dieser Ziele eine starke Verankerung dieser Prinzipien im kommenden GAP. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Verankerung auch tatsächlich berücksichtigt wird.

**Ergänzung Auszug Wahlprogramm NEOS:** Wir sind für die Beibehaltung eines vergemeinschafteten europäischen Agrarbudgets und für eine leistungsgerechte Abgeltung der bereitgestellten Gemeingüter, um auch für die nachfolgenden Generationen sauberes Wasser, gute Luft und fruchtbare Böden zu erhalten. Maßnahmen über der beschlossenen GAP 2020 hinaus: Umschichtung der Fördergelder von größenbezogenen Direktförderungen auf ein Anreizsystem zur nachhaltigen Landwirtschaft. Fördergelder werden als leistungsgerechte Abgeltung der Bereitstellung von Gemeingütern bzw. Mehraufwand für nachhaltige, landwirtschaftliche Produktion ausbezahlt.

**Antwort PILZ:** Anreize für diese Leistungen zu schaffen ist grundsätzlich erwünscht, jedoch sollte unser Ziel sein die Mehrkosten für einen sorgsamen Umgang mit der Natur in Zukunft aus den Produktpreisen generieren zu können. Eine Übergangslösung ist jedoch denkbar.

**Frage 5: Welche Rolle soll die biologische Landwirtschaft bei der Gestaltung der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion der Zukunft einnehmen? Welche konkreten Maßnahmen werden Sie setzen, um die biologische Landwirtschaft in Österreich weiterhin zu stärken?**

**Antwort SPÖ:** Die biologische Produktion stellt daher mit ihren der Gesundheit und der Umwelt verpflichteten Regeln für die Sozialdemokratie *die* Chance für eine hohe Lebenserwartung der Bevölkerung in bestmöglicher Gesundheit dar. In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf verweisen, dass QuereinsteigerInnen mehr Chancen eingeräumt werden müssen. Die außerbetriebliche Hofnachfolge muss viel stärker unterstützt werden. Gerade im Biobereich gibt es immer mehr junge Leute, die keinen Hof besitzen, aber einsteigen möchten. Dies würde Arbeitsplätze schaffen. Abschließend darf ich Ihnen versichern, dass es der Sozialdemokratie auch ein Anliegen ist, in der konventionellen Landwirtschaft ein umweltgerechteres Wirtschaften zu erreichen, weshalb wir uns etwa gegen eine weitere Zulassung des Wirkstoffes Glyphosat einsetzen. Dass Breitbandherbizide im Rahmen des laufenden Umweltprogrammes des Programmes für die ländliche Entwicklung nicht eingesetzt werden dürfen, ist unter anderem ein wichtiger Verhandlungserfolg dieser Gesetzgebungsperiode. Gentechnikfreiheit auch im Futtermittelbereich ist ebenfalls ein wichtiges Ziel, für das wir uns weiterhin stark einsetzen.

**Antwort ÖVP:** Die Biologische Landwirtschaft nimmt schon jetzt eine wichtige Rolle in der österreichischen Landwirtschaft ein, sowohl was die Zahl der Betriebe, die bewirtschaftete Fläche, aber auch die Menge der produzierten Lebensmittel betrifft. Österreich ist das Bioland Nr. 1 in der EU. Diese Rolle gilt es weiter zu stärken und langfristig in Richtung 30% bis 35% Anteil zu entwickeln.

Radikalreformen der GAP sind dabei nicht zielführend, da dadurch auch unerwünschte Effekte auf europäischer Ebene nicht auszuschließen sind. Die einschlägigen Forschungsarbeiten in der biologischen Landwirtschaft sind zu forcieren, damit zukünftige Herausforderungen gemeistert werden können. In der Bildung und Beratung im landwirtschaftlichen Bereich soll auf die Bedürfnisse der Biolandwirtinnen und Biolandwirte weiterhin in besonderer Weise eingegangen werden, bedarfsgerechte Angebote sollen geschaffen werden.

**Antwort FPÖ:** Die FPÖ anerkennt und schätzt selbstverständlich die positive und wichtige Rolle der österreichischen Bio-Landwirtschaft im Sinne der Produktion hochwertiger, gesunder, heimischer Lebensmittel. Die Bio-Landwirtschaft ist ein wachsender Sektor für unsere Bauern geworden, der neben dem Export auch zur so wichtigen Selbstversorgung der heimischen Bevölkerung mit österreichischen Produkten beiträgt. Die FPÖ bekennt sich zu einer vernünftigen Koexistenz von konventioneller und biologischer Landwirtschaft im Sinne der unternehmerischen Freiheit, sich für die jeweilige Produktionsform entscheiden zu können. Eine Koexistenz konventioneller oder gar biologischer Landwirtschaft mit gentechnisch veränderten Organismen ist jedoch nicht möglich. Daher ist Österreich vor gentechnisch manipuliertem Saatgut zu schützen und hat dazu alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen. Gleiches gilt übrigens für den Einsatz von Palmöl.

**Antwort GRÜNE:** Die Beibehaltung der Gentechnikfreiheit, bzw. der Ausbau auch im Futtermittelbereich, sowie der offensive Ausbau der Bio-Landwirtschaft durch entsprechende Fördermittel, sind die strategischen Leitplanken. Die Prämien für die eigenständige Maßnahme Biologische Landwirtschaft sollen aus unserer Sicht künftig so kalkuliert werden, dass sowohl der Mehraufwand als auch das nachhaltige und ökologisch-optimale Leistungs- und Ertragsniveau der Biobetriebe finanziell abgedeckt wird. Weiters sehen wir sowohl im Lebensmittel-Kennzeichnungsbereich, als auch in der gezielten Verwendung der AMA-Marketing-Beiträge, große Potentiale zur Stärkung der biologischen Landwirtschaft.

**Antwort NEOS:** Die Verdienste der Biolandwirtschaft und der Landwirte, die umgestellt haben, sind groß. So wurde nicht nur eine Debatte über die Zukunft der Landwirtschaft angefacht, sondern auch eine generelle Debatte über Nachhaltigkeit. Viele Ideen, die ursprünglich aus dem Biosektor kommen, wurden anderweitig adaptiert und tragen so zu einer zukunftssträchtigeren Bewirtschaftung bei. Wir glauben, dass die biologische Landwirtschaft auch in Zukunft eine solche Rolle spielen soll und sehen Österreich hier auch weiterhin EU-weit als Vorreiter. Wir sind uns auch sicher, dass es Veränderungen und Innovationen geben wird, die die Biolandwirtschaft noch leistungsfähiger machen wird.

**Antwort PILZ:** Die Biologische Landwirtschaft wird zukünftig eine große Rolle spielen, wenn es um den Erhalt der Natur und unserer Gesundheit geht. Laut Statistik Austria ist der Anteil der Haushaltsausgaben in Österreich welche in Lebensmitteln investiert werden in den letzten Jahrzehnten um 30% gesunken, gleichzeitig steigen beispielsweise die Ausgaben für Wohnen. Diese Art der Umverteilung ist es, die ein Auskommen als Landwirt ohne den Umstieg auf industrielle Produktionsmethoden beinahe unmöglich macht. Das Bewusstsein und die Bereitschaft für Lebensmittel einen fairen Preis bezahlen zu können, Lebensmittelabfall zu vermeiden, und die Versorgung durch regionale landwirtschaftliche Erzeugnisse werden in Zukunft den Landwirtschaftlichen Erfolg sicherstellen. Ein globaler Handel mit Lebensmitteln führt in den meisten Fällen zu preislichen Differenzen welche auf Dauer den Fortbestand der heimischen Landwirtschaft gefährden. Daher muss der Import von Lebensmitteln zukünftig höheren Standards unterliegen. Diese Entwicklungen gilt es - unter Einbindung der Sozialstaatlichen Parameter wieder in die Ursprüngliche Form zu bringen und das Konzept der biologischen Landwirtschaft wieder als die ursprüngliche Landwirtschaft zu etablieren.

Allfällige Ergänzungen wurden folgenden Wahlprogrammen entnommen:

SPÖ: <https://spoe.at/story/wahlprogramm-der-spoe-damit-der-aufschwung-bei-allen-ankommt>

ÖVP: <https://www.oevp.at/Programme-Statuten-Logos>

FPÖ: <https://www.fpoe.at/themen/wahlprogramm-2017>

GRÜNE: <https://www.gruene.at/partei/programm/wahlprogramme>

NEOS: <http://ichtuwas.neos.eu/positionen>

PILZ: <https://listepilz.at/>

Wien, am 6. Oktober 2017